

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|---|---|
| 10. Vorschreibung und Verbuchung des Personal- und Sachaufwandes für die Gemeindegewaldaufseher - Information | 12. Abgabenertragsanteile der Gemeinden März 2017 |
| 11. Erkenntnis des OGH betreffend Wochengeldaufzahlung | 13. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis März 2017
<i>Verbraucherpreisindex für Jänner 2017 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

10.

Vorschreibung und Verbuchung des Personal- und Sachaufwandes für die Gemeindegewaldaufseher - Information

Gemäß § 5 Abs. 1 Tiroler Waldordnung 2005 ist von den Gemeinden für jedes Waldbetreuungsgebiet eine von der Bezirksverwaltungsbehörde nach § 3 bestellte und angelobte Person als Gemeindegewaldaufseher anzustellen.

Wurde aus dem Gebiet mehrerer Gemeinden oder aus Teilgebieten mehrerer Gemeinden ein Waldbetreuungsgebiet gebildet, so ist der Gemeindegewaldaufseher von jener Gemeinde anzustellen, auf deren Gebiet sich der größte Anteil der Waldflächen des Waldbetreuungsgebietes erstreckt. Vor der Anstellung sind die anderen betroffenen Gemeinden zu hören (§ 5 Abs. 2 leg. cit.).

In diesem Fall haben die Gemeinden den **Personal- und Sachaufwand** für den Gemeindegewaldaufseher im Verhältnis der auf sie entfallenden Ertragswaldflächen des Waldbetreuungsgebietes zu tragen.

Jene Gemeinde, die den Gemeindegewaldaufseher angestellt hat, hat den anderen betroffenen Gemeinden die anteilmäßigen Kosten für ein Kalenderjahr bis **spätestens 1. März des folgenden Jahres mit Bescheid zur Zahlung binnen einem Monat vorzuschreiben** (§ 5 Abs. 3 leg. cit.).

Da die Gemeinden gemäß § 10 Tiroler Waldordnung 2005 ermächtigt sind, zur teilweisen Deckung des **Personalaufwandes** für die Gemeindegewaldaufseher eine jährliche Umlage aufgrund eines Beschlusses des Gemeinderates zu erheben, ist bei der Erstellung des Bescheides der **Personal- und Sachaufwand getrennt** vorzuschreiben.

Die Verbuchung dieser Vorschreibung hat künftig auf folgenden Finanzpositionen zu erfolgen:

- 2/134000-862000 Laufende Transferzahlungen von Gemeinden - Personalaufwand
- 2/134000-862001 Laufende Transferzahlungen von Gemeinden - Sachaufwand

Der Gemeinderat hat den Gesamtbetrag der Umlage **jährlich bis spätestens 1. April** durch Verordnung festzusetzen; das bedeutet, dass eine entsprechende **Verordnung über die Festsetzung der Waldumlage** jährlich zu beschließen und **spätestens am 31. März des Jahres** an der Amtstafel kundzumachen ist!

[Muster "Verordnung Waldumlage" siehe Gemeindeanwendung im Portal Tirol - Rubrik Verordnungsmuster](#)

Der Festsetzung des Gesamtbetrages der Umlage ist der Personalaufwand für Gemeindegewaldaufseher im abgelaufenen Jahr (Jahresaufwand) zugrunde zu legen. Die Verbuchung der Umlage hat weiterhin auf der Post 815000 „Gebühren für sonstige Leistungen“ zu erfolgen. Dieser Personalaufwand ist ebenfalls die Berechnungsgrundlage für den Zuschuss des Landes Tirols zum Personalaufwand für die Gemeindegewaldaufseher.

Um dies bei der Berechnung des Zuschusses entsprechend berücksichtigen zu können, haben die Gemeinden den Personal- und Sachaufwand getrennt zu verbuchen.

Die Verbuchung hat auf folgenden Finanzpositionen zu erfolgen:

- 1/134000-752000 Laufende Transferzahlungen an Gemeinden - Personalaufwand
- 1/134000-752001 Laufende Transferzahlungen an Gemeinden - Sachaufwand

Es wird darauf hingewiesen, dass Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen ebenfalls getrennt nach Personal- und Sachaufwand zu verbuchen sind.

Die Personalkosten sind entsprechend dem Beschäftigungsausmaß (lt. Stundenaufzeichnungen) auf dem jeweiligen Ansatz auszuweisen.

Ausgabe:

- 1/134000-720700 Vergütungen an andere Verwaltungszweige - Personalaufwand
- 1/134000-720701 Vergütungen an andere Verwaltungszweige - Sachaufwand

Einnahme:

- 2/134000-817700 Vergütungen an andere Verwaltungszweige - Personalaufwand
- 2/134000-817701 Vergütungen an andere Verwaltungszweige - Sachaufwand

Sollte eine getrennte Verbuchung nicht mehr möglich sein, so ist dies bei der Antragsstellung in der Portal-Tirol Gemeindegewaldanwendung in der Spalte Organisation (Register Haushalt) zu berücksichtigen (nach Duplizierung der Spalte GHD -> Eingabe des Personalaufwandes anstatt des Gesamtbetrages bei der Post 752000, 720700 bzw. 862000, 817700). Künftig hat die Verbuchung jedenfalls über die oben genannten Posten zu erfolgen.

11.

Erkenntnis des OGH betreffend Wochengeldaufzahlung

Weiblichen Vertragsbediensteten gebühren gemäß § 71 Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 - G-VBG 2012, LGBl. Nr. 119/2011, für die Zeit, während der sie nach § 4 Abs. 1 und 2 und § 7 Abs. 1 des Tiroler Mutterschutzgesetzes 2005 oder nach § 3 Abs. 1 und 3 und § 5 abs. 1 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden dürfen, keine Bezüge, wenn die laufenden Barleistungen des Sozialversicherungsträgers für diese Zeit die Höhe der vollen Bezüge erreichen. Ist dies nicht der Fall, so gebührt ihnen eine **Ergänzung auf die vollen Bezüge**.

Die im § 71 G-VBG 2012 geregelte Wochengeldaufzahlung ist gleichlautend mit den Bestimmungen im § 52 Innsbrucker-Vertragsbedienstetengesetz - I-VBG, LGBl. Nr. 35/2003 und § 52 Landesbedienstetengesetz - LBedG, LGBl. Nr. 2/2001. Aus den erläuternden Bemerkungen ergibt sich, dass der damalige Gesetzgeber vom Begriff der Brutto Bezüge als Berechnungsgrundlage ausgegangen ist.

Der OGH hat nunmehr in einem Erkenntnis vom 18.08.2016, Zl. 90bA 96/16g, die in § 52 I-VBG geregelte Wochengeldaufzahlung einer Prüfung unterzogen. Anlassfall war die Klage einer Vertragsbediensteten auf Auszahlung eines Ergänzungsbetrages auf die Brutto Bezüge. Der Vertragsbediensteten waren im Anschluss an die Schutzfrist unter Anrechnung des Wochengeldes des Sozialversicherungsträgers ein Differenzbetrag auf die Netto Bezüge ausbezahlt worden.

In seinem Erkenntnis führte der OGH aus, dass das Wochengeld einen Ersatz für den im Zusammenhang mit der Entbindung stehenden Verlust des Arbeitsverdienstes darstellen soll. Hinsichtlich der Berechnung der Höhe des Wochengeldes stellt § 162 Abs. 3 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, auf den „Arbeitsverdienst, vermindert um die gesetzlichen Abzüge“ ab. Das Wochengeld wird daher grundsätzlich mit der Höhe des Nettobetrages des Arbeitsverdienstes festgelegt.

In weiterer Folge führte der OGH weiter aus, dass die Bestimmung des § 52 I-VBG jener des § 24 Abs. 8 Vertragsbedienstetengesetz 1948 - VBG, BGBl. Nr. 86/1948 entspricht und hiernach allenfalls eine Ergänzung auf die vollen Bezüge gebührt, wenn die laufenden Barleistungen des Sozialversicherungsträgers die Höhe der vollen Bezüge nicht erreichen.

Die im Erkenntnis des OGH zitierte Literatur geht dazu von einem Ergänzungsbetrag in Höhe der Differenz zwischen der laufenden Leistung des Krankenversicherungsträgers und dem fiktiven Brutto bezug aus dem Dienstverhältnis, vermindert um die gesetzlichen Abzüge, aus.

Für den OGH liegt der objektive Zweck der Bestimmung darin, dass weibliche Vertragsbedienstete während des Beschäftigungsverbots keine Einbuße in der Höhe ihrer Einkommen erleiden sollen. Der Betrag, der insgesamt zufließt, soll daher die „volle Bezugshöhe“ erreichen (Ziehensack, Vertragsbedienstetengesetz Praxis-kommentar § 24 Rz 40).

Dieser Zweck wird dann erfüllt, wenn das Wochengeld, das selbst keiner weiteren Abgabepflicht unterliegt und daher einen Netto bezug darstellt, **die Höhe der bisherigen Netto Bezüge erreicht**. Insofern verlange die Vergleichbarkeit der Beträge **im Ergebnis eine Nettobetrachtung**.

Hinsichtlich der Feststellungen in den erläuternden Bemerkungen, der Berechnung „den Brutto bezug zu Grunde zu legen“, führt der OGH aus, dass dies der vorgenommenen Auslegung nicht widerspreche, weil der Brutto bezug auch dann „der Berechnung zu Grunde“ gelegt wird, wenn daraus der Netto auszahlungsbetrag errechnet wird, um ihn mit den Barleistungsansprüchen zu vergleichen.

Im Ergebnis bedeutet die Entscheidung des OGH somit, dass die **Aufzahlung nach § 71 G-VBG 2012 hinkünftig auf die Netto Bezüge** zu erfolgen hat.

12.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden März 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-493.081	-291.449	201.632	40,89
Lohnsteuer	22.537.051	20.966.713	-1.570.338	-6,97
Kapitalertragsteuer	1.095.182	684.688	-410.494	-37,48
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	626.364	568.882	-57.482	-9,18
Körperschaftsteuer	-574.078	-299.234	274.844	47,88
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-70	0	70	-100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	-162	-54	108	66,70
Stiftungseingangssteuer	3.595	24.297	20.702	575,82
Bodenwertabgabe	359	5.546	5.187	1444,74
Stabilitätsabgabe	-213.604	70.171	283.776	-132,85
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	22.981.556	21.729.560	-1.251.996	-5,45
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	19.905.092	19.442.303	-462.789	-2,32
Abgabe von alkoholischen Getränken	4	0	-4	-100,00
Tabaksteuer	1.601.796	1.550.528	-51.268	-3,20
Biersteuer	240.629	228.399	-12.231	-5,08
Mineralölsteuer	3.276.199	3.502.393	226.194	6,90
Alkoholsteuer	138.452	155.066	16.615	12,00
Schaumweinsteuer	19.741	20.088	347	1,76
Kapitalverkehrssteuern	25.434	4.352	-21.082	-82,89
Werbeabgabe	387.994	111.381	-276.614	-71,29
Energieabgabe	837.374	1.014.010	176.636	21,09
Normverbrauchsabgabe	248.724	319.313	70.589	28,38
Flugabgabe	72.935	83.506	10.571	14,49
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	24.162	0	-24.162	-100,00
Grunderwerbsteuer	9.953.754	8.784.185	-1.169.568	-11,75
Versicherungssteuer	31.236	-204.880	-236.116	-755,90
Motorbezogene Versicherungssteuer	43.151	308.457	265.306	614,83
KFZ-Steuer	-5.094	8.806	13.900	272,87
Konzessionsabgabe	211.778	275.971	64.193	30,31
rechnungsmäßig Ertragsanteile	37.013.363	35.603.878	-1.409.485	-3,81
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-879.083	0		
Summe sonstige Steuern	36.134.280	35.603.878	-530.402	-1,47
Kunstförderungsbeitrag	42.185	44.109	1.924	4,56
Summe	59.158.021	57.377.547	-1.780.474	-3,01
Zwischenabrechnung	9.580.729	-9.684.057	-19.264.786	-201,08
Gesamt	68.738.750	47.693.490	-21.045.260	-30,62

13.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis März 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	11.639.443	12.768.048	1.128.605	9,70
Lohnsteuer	72.051.346	66.734.938	-5.316.408	-7,38
Kapitalertragsteuer	4.612.224	3.965.729	-646.495	-14,02
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.512.589	1.615.068	102.479	6,78
Körperschaftsteuer	14.220.475	17.549.419	3.328.945	23,41
Abgeltungssteuern Schweiz	15.075	2.888	-12.187	-80,84
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-86	-3	82	96,02
Erbschafts- und Schenkungssteuer	15.848	3.457	-12.391	-78,19
Stiftungseingangssteuer	7.512	23.162	15.650	208,35
Bodenwertabgabe	149.870	145.478	-4.392	-2,93
Stabilitätsabgabe	228.988	619.994	391.006	170,75
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	104.453.283	103.428.179	-1.025.104	-0,98
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	63.497.970	59.979.911	-3.518.058	-5,54
Abgabe von alkoholischen Getränken	55	0	-55	-100,00
Tabaksteuer	4.398.893	4.483.112	84.219	1,91
Biersteuer	543.352	571.165	27.814	5,12
Mineralölsteuer	11.684.388	12.366.240	681.852	5,84
Alkoholsteuer	393.243	420.879	27.636	7,03
Schaumweinsteuer	48.676	50.056	1.380	2,84
Kapitalverkehrssteuern	556.577	16.116	-540.461	-97,10
Werbeabgabe	1.139.476	331.174	-808.301	-70,94
Energieabgabe	2.565.742	2.853.883	288.140	11,23
Normverbrauchsabgabe	811.295	955.754	144.459	17,81
Flugabgabe	259.499	286.309	26.810	10,33
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüsseln)	72.486	0	-72.486	-100,00
Grunderwerbsteuer	30.254.603	29.105.850	-1.148.753	-3,80
Versicherungssteuer	2.340.188	2.457.818	117.630	5,03
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.146.992	3.201.023	54.031	1,72
KFZ-Steuer	86.302	129.899	43.597	50,52
Konzessionsabgabe	713.457	788.205	74.749	10,48
rechnungsmäßig Ertragsanteile	122.513.193	117.997.395	-4.515.799	-3,69
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-2.637.250	0		
Summe sonstige Steuern	119.875.943	117.997.395	-1.878.549	-1,57
Kunstförderungsbeitrag	42.185	44.109	1.924	4,56
Summe	224.371.412	221.469.683	-2.901.729	-1,29
Zwischenabrechnung	9.580.729	-9.684.057	-19.264.786	-201,08
Gesamt	233.952.141	211.785.626	-22.166.515	-9,47

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JÄNNER 2017 (vorläufiges Ergebnis)		
	Dezember 2016 (endgültig)	Jänner 2017 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	102,1	101,8
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	113,0	112,7
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	123,7	123,4
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	136,8	136,4
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	144,0	143,5
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	188,3	187,7
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	292,6	291,8
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	513,6	512,1
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	654,4	652,4
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	656,5	654,6
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2017 beträgt 101,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Dezember 2016 um 0,3 % rückläufig (Dezember 2016 gegenüber November 2016 + 0,5 %). Gegenüber Jänner 2016 ergibt sich eine Steigerung um 2,0 % (Dezember 2016/2015 + 1,4 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck